



Memorandum

Von der „Gesellschaft“ vergessene und von „Gott verlassene“ Demenzpatienten – ein Plädoyer wider der gesundheitsökonomischen Betrachtungsweise

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Es ist an der Zeit, uns als Staatsvolk an die politischen, theologischen, aber auch andere intraprofessionelle Eliten mit einem nachhaltigen Aufruf zu wenden und „aufzubegehren“.

Gesundheitspolitiker, Gesundheitsökonomien und zum Erstaunen auch einige Kirchenvertreter warnen unentwegt vor dem demografischen Wandel und die damit verbundene Kostenlawine, die unaufhaltsam auf uns zurollt und es scheinbar kein Entrinnen davor gibt.

Wenn dem so ist, sind wir alle aufgefordert, hierzu einen Beitrag zu leisten. Wollen Sie, dass Ihre an Demenz erkrankten Eltern künftig ein Opfer der Ökonomie werden? Und wenn Sie es recht überlegen, gehören wir nicht möglicherweise auch zu den künftigen Opfern, die ggf. ihre Ansprüche durchsetzen müssen, wenn wir dann noch können?

Die Zeit ist reifer denn je für eine Diskussion innerhalb unserer Gesellschaft über die Frage, wo wir die Prioritäten setzen wollen. Ist es akzeptabel, dass die Politik nach wie vor „aberwitzige Millionen zu Grabe“ trägt, während wir über eine angemessene Versorgung der Demenzpatienten philosophieren? Ist es nicht beschämend, dass eine der reichsten Industrienationen sich als ein „Entwicklungsland“ in der Öffentlichkeit präsentiert, wenn es um eine angemessene Versorgung der an einer Demenz erkrankten Bürgerinnen und Bürger geht – und, nur in Parenthese, das Zukunftspotential unserer Gesellschaft, namentlich die Kinder, von Armut und Hungersnöten geplagt werden?

Solange wir noch auf „irdischen Wegen wandeln“, hilft uns der Blick in das Buch der Bücher nicht weiter. „Eine Speisung der Fünftausend“ wird es wohl in der Realität nicht geben und der Demenzpatient wird nicht dem „Herrn“ begegnen, der ihn gleichsam heilt. Es mag eine schöne Vision sein, all das „Leid“ überwunden zu haben, aber mit Verlaub: Unsere Demenzpatienten (und diese stehen letztlich für eine Vielzahl von Mitglieder in unserer Gesellschaft) bedürfen ein wenig mehr an Engagement, als die üblichen Sonntagsreden und zwar hier und jetzt!

Was also ist gefordert?

Unsere Politiker müssen lernen, Prioritäten zu setzen, Fehlallokationen und –investitionen zu vermeiden.

Sie müssen verinnerlichen, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes „Diener des Volkes“, also auch der Kranken und Hilfesuchenden sind und sich nicht unentwegt darum bemühen, ihre einmal gekostete politische Macht zu zementieren.

Unkonventionelle Entscheidungen müssen getroffen werden, ohne dass hier der Vorwurf des Populismus zu erheben wäre:

Denken wir über eine „Sonderabgabe“, die zweckgebunden den dementen Alterspatienten zugute kommt, nach. Tragen wir dafür Sorge, dass dieses vom Staatsvolk „angesparte Kapital“ der Verfügungsmacht der Politiker entzogen wird, so dass die stetige Gefahr einer Fehlallokation vermieden wird.

Aufgedeckte Finanzreserven können einem Fond zugunsten der Alterspatienten (aber auch der Kinder) zugeführt werden und nicht, wie etwa derzeit beabsichtigt, die Reserven des Solidaritätsbeitrages zur Schuldentilgung etwa der Länder und Kommunen einzusetzen. Über eine angemessene Quote ließe sich freilich diskutieren, aber keinesfalls unter dem Aspekt, dass gewaltige Fehlinvestitionen sowohl des Bundes, der Länder oder der Gemeinden alimentiert werden!

Unsere Gesundheitsökonominnen sind aufgefordert, ihr gebetsmühlenartiges Wehklagen über das sich anbahnende „Finanzdebakel“ einzustellen und ihre Phantasie spielen zu lassen. Das vermeintlich unlösbare Problem ist dann lösbar, wenn wir bereit sind, atypische Wege zu gehen.

Messen wir unsere Politiker an dem, was sie für unsere Gesellschaft leisten. Wenn das Staatsvolk erneut aus eigener Kraft und Eigeninitiative in der Lage ist, zusätzlich neben den Sozialversicherungssystemen einen Fond zu speisen, ist es nur recht und billig, wenn das „aufgebrachte Bürgerkapital“ nicht „verschleudert“ wird. Die Mehrwertsteuererhöhung war ein Beleg dafür, dass wir – das Staatsvolk – wie so oft ökonomisch schwer nachvollziehbare politische Entscheidungen zu korrigieren in der Lage sind und es scheint daher an der Zeit, dass die politisch Verantwortlichen endlich zu der Einsicht gelangen, dass das „Staatsvolk“ diejenige Basis ist, von der sich ihre politische Macht her speist. Sofern also Politiker mit ihrem Amt überfordert sind, sollten sie es auch bereitwillig eingestehen und sich in einer anderen Profession betätigen.

Es ist nicht akzeptabel, dass Demenzpatienten ein Opfer desolater Ausgabenpolitik werden oder Kinder in einer hoch industrialisierten Gesellschaft in Armut leben.

Deutschland befindet sich auf einem Weg in ein Entwicklungsland und wie es scheint, könnte vortrefflich darüber nachgedacht werden, ob die Bundesrepublik künftig gehalten ist, Anträge auf entsprechende Hilfen bei den verschiedenen internationalen Fonds zu stellen, damit die Demenzpatienten adäquat versorgt werden und unsere Kinder eine Zukunftsperspektive haben.

Debatten über eine vermeintlich gebotene „Neue Leitkultur“ und sich hierauf gründende Proklamationen leisten in der Konsequenz keinen Beitrag für den Demenzpatienten.

Gefordert sind nicht wohlmeinende Sonntagsreden, sondern endlich Taten. Da beruhigt es auch keinesfalls, dass aktuell ca. 60 Millionen für die Demenzforschung bereitgestellt werden sollen. Dies ist zwar lobenswert, nimmt sich aber insgesamt als sehr bescheiden aus, wenn wir den Zahlen des Schwarzbuches und der Einschätzung des Bundes der Steuerzahler Glauben schenken wollen, dass erneut ca. 30 Milliarden in den „Sand gesetzt worden sind“. Topmanager müssen sich schon weit vorher von ihrer Position verabschieden und mag auch der „Glaube Berge versetzen“, so dürfte es doch zureichend sein, wenn eine sinnvolle Ausgabenpolitik betrieben wird.

Dies zu verlangen ist nicht viel und der das Staatssäckel hütende zuständige Minister der Finanzen und ihm nachfolgend seine politischen Kollegen sind eindringlich daran zu erinnern, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes über „Volksvermögen“ disponieren. Fragen wir also das Volk, wo es die Prioritäten zu setzen gedenkt!

Mein persönliches Votum ist dabei evident: Lassen wir unsere Alterspatienten und auch die Kinder nicht zu Opfern der (politischen) Ökonomie werden. Bevor überhaupt über den Patienten oder die Kinder an „höherer Stelle“ zu Gericht gesessen wird, haben diese ganz aktuell mit dem „irdischen Leid“ zu kämpfen und bei allem gebotenen Respekt: **dies ist für eine Gesellschaft – wie die unsrige - beschämend!**

Lutz Barth, am 28. September 2007.